

Mülforter Zeugdruckerei

Die Verwaltung berichtete in der Bezirksvertreterversammlung am 25.3.09 über die Planungen zu einem Bebauungsplan für das Gelände der ehemaligen Mülforter Zeugdruckerei.



Dabei stellte sich heraus, dass die Verwaltung davon ausgeht, dass mit erheblichen Altlasten zu rechnen sei.

Seite 2

Auf die Frage der LiLO, um welche Altlasten es sich handeln würde und wer für die Kosten der Entsorgung aufkommen müsse, konnte die Verwaltung keine Auskunft geben.

Die Mülforter Zeugdruckerei ist ein weiteres Beispiel dafür, wie aufgrund von fehlenden gesetzlichen Regelungen Firmen sich aus der Verantwortung für ihre Produktion und den daraus resultierenden Folgen entziehen können.



Eine Forderung der Umweltbewegung ist, dass Betreiber eine Stoffbilanz vorlegen müssen. Aus einer solchen Bilanz ist dann ersichtlich, welche Rohstoffe werden eingekauft und gelagert, was wird produziert



und was entsteht als Abfall. Dann ist sofort ersichtlich, welche Gefahrenstoffe in einer

solchen Firma lagern und welche Umweltgefährdung davon ausgeht.

Weiterhin wird eine Risikoversicherung für Firmen gefordert, die eintritt, wenn Firmen pleite gehen. Wenn nichts mehr zu holen ist, darf der Steuerzahler für die Schäden aufkommen, die von der Firma angerichtet wurden. Das ist eine Politik nach dem Motto: „Nach mir die Sintflut!“ Das haben wir bei der Lederfabrik Goebels erlebt und erleben es nun wieder auch bei der Mülforter Zeugdruckerei.

Es wird an der Zeit, dass die Firmen nicht nur Gewinne kassieren, sondern auch für Schäden aufkommen.

Liebe Odenkirchener
Bürgerinnen und Bürger.



Rolf Flören
Telefon: 02166 - 680777

Seit 1989 bin ich als Ihr Interessenvertreter Mitglied der Odenkirchener Bezirksvertretung, bis 1994 als DKP-Mitglied, seit 15 Jahren nunmehr als Mitglied der LiLO. Einen Schwerpunkt meiner Arbeit habe ich von Anfang an in der Lösung sozialer Probleme gesehen.

Zusammen mit den Mitgliedern der LiLO wurden Umweltskandale aufgedeckt, Betroffenen Hilfestellung bei ihren Problemen mit Ämtern gegeben und seit Anfang letzten Jahres durch das Angebot unseres Bürgerbüros in der Burgstraße Bürgerinnen und Bürgern eine Anlaufstelle für Ihre Sorgen und Nöte zur Verfügung gestellt.

Unsere Aktionen und Einsätze in Odenkirchen fanden ihren stärksten Ausdruck in der Verhinderung einer Giftmülldeponie, der Forderung der Sanierung des Geländes der Lederfabrik Goebels und der damit verbundenen Aufklärung über Zusammenhänge und Verursacher sowie der konkreten Begleitung zum Sozialamt bzw.

zur ARGE. Unsere Forderung nach einem Abenteuerspielplatz für Odenkirchener Kinder ist nach wie vor aktuell.

Bei den bevorstehenden Kommunalwahlen werde ich nunmehr für die Partei DIE LINKE. kandidieren. Die LiLO selbst tritt bei der Wahl nicht an.

Viele Bereiche unserer Politik, für die ich mich in Odenkirchen engagiert habe, sehe ich bei der Partei DIE LINKE. gut aufgehoben: Das soziale Engagement, der Einsatz für Kinder und Jugendliche, die Vorrangpolitik für den öffentlichen Nahverkehr anstelle von immer neuen, teuren Straßen, die Beachtung des Nachhaltigkeitsprinzips in allen Bereichen der Politik und natürlich auch unsere Informationspolitik über eine eigene Zeitung.

Ich möchte weiter dazu beitragen, die aktive Interessenvertretung für die Menschen in unserer Stadt und besonders hier in Odenkirchen zu verstärken.

Es macht keinen Sinn, als LiLO und als DIE LINKE. gegeneinander zu kandidieren, sondern die vorhandenen Kräfte zu bündeln.-

Wenn auch Sie wollen, dass die durch uns bisher geleistete Arbeit weitergeführt werden soll, bitte ich Sie um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme bei der nächsten Kommunalwahl. Auf der Liste der Partei DIE LINKE. finden Sie mich bei der Kommunalwahl auf dem ersten Platz. -

Ihr

Rolf Flören

Ilse-Maria Monßen
Helm Straße 104,
41199 Mönchengladbach

Leserbrief

Gedenktafeln im Dutzend billiger?

In Odenkirchen gibt es einen Heimatverein und viele honorige Bürger, die sich hervorragend der Vergangenheit widmen und alle Jahre wieder der Stadt MG Feierstunden und Gedenktafeln schenken! Bedauerlicherweise auch für solche Gebäude, die, weil sie zuvor jahrelang vernachlässigt wurden, baufällig waren und dann abgerissen werden mussten.



Wie das Amtsgericht, das Freibad Beller-mühle und zuletzt die Rosensmühle. Offensichtlich ertragen die Odenkirchener diese Verluste ihrer Werte mit stoischem Gleichmut und Gleichgültigkeit. Den immer wiederkehrenden Satz „was können wir schon dagegen machen?“ hört man bis zum Rathaus Abteiberg und da hört man ihn gerne. Aufmüpfige Bürger, wie in Giesenkirchen, stören, wie man weiß, nur das Koalitions-klima zwischen CDU und FDP.

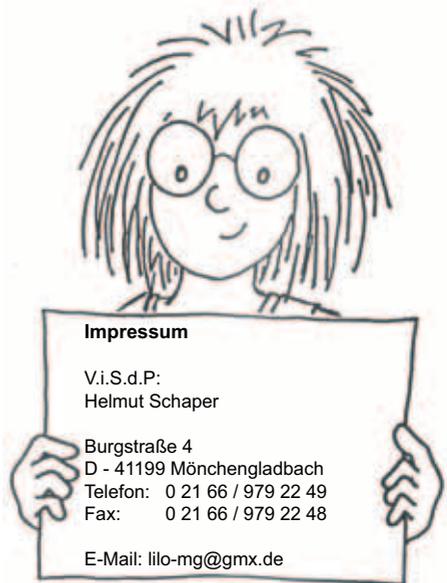
Nicht nur, dass man Odenkirchen das Freibad genommen hat, demnächst (2010) wird auch das Hallenbad geschlossen. Wie das Gelände zukünftig aussehen wird, kann man bereits jetzt an der Duvenstraße besichtigen.

Was man gegen solche unsinnigen Beschlüsse tun kann, haben einmal mehr die Rheydter Bürger beim Phalkebad und beim Theater vorgemacht.

In Odenkirchen gibt man sich mit wahl-taktischen Versprechungen zufrieden und lässt sich vorgaukeln, das Bad würde erst 2013 geschlossen. Zusammenhalt und Zivilcourage: Fehlanzeige. Die Hände zum Himmel und Augen zu, die nächste Gedenktafel gibt's im Dutzend billiger.

Mit freundlichen Grüßen

Ilse-Maria Monßen



CDU Wahlkampf

In der Bezirksvertretungssitzung am 14.1.09 berichtete die Verwaltung über die Möglichkeit, das Bahnhofsgebäude nach Kauf von der Bahn abzureißen und den ursprünglich woanders vorgesehenen Park und Ride Parkplatz auf der dann frei werdenden Fläche anzulegen. Alle Mitglieder der Bezirksvertretung waren für dieses Vorhaben und unterstützten die Verwaltung bezüglich der entsprechenden Planung.



In der Bezirksvertretungssitzung am 25.3.09 legte die CDU nun einen Antrag vor, indem die CDU die Verwaltung um die Verlegung des Park und Ride Parkplatzes von der ursprünglichen Stelle auf den Platz des dann abgerissenen Bahnhofsgebäudes bittet.

Den Vorschlag, der in der Sitzung am 14.1.09 gemeinsam mit der Verwaltung für gut befunden und auf den Weg gebracht wurde, stellt die CDU nun als eigenen Antrag dar, um in der Öffentlichkeit damit zu glänzen, welch tolle Anträge sie für Odenkirchen stellt.

Die LiLO hat diesen Vorgang als Diebstahl des gemeinsamen Gedankengutes der Bezirksvertretung bezeichnet und es abgelehnt, sich an der Abstimmung eines solchen Antrages zu beteiligen.

Selbstbedienungsladen

Die vier KandidatInnen der CDU für die vier neuen Bezirksbürgermeister haben sich schon einmal zusammen gesetzt und überlegt, was nach der Kommunalwahl alles so gebraucht wird, um richtig zu regieren.

Renate Zimmermanns, Frank Boss, Herbert Pauls und Arno Oellers sehen es als notwendig an, mehr Personal für die Sekretariate in den Bezirksverwaltungsstellen zu bekommen, die Zahl ihrer Stellvertreter auf drei zu erhöhen, mehr Geld für

linksjugend ['solid'] ↖

Wir wollen nicht weniger als die Welt verändern!

Das ist das Motto der Linksjugend ['solid'], dem parteinahen Jugendverband von Die Linke.

Ab diesem Frühjahr soll nun auch **Mönchengladbach** einen linken Jugendverband haben!

Ziel soll es sein, **direkt und vor Ort** Jugendarbeit zu leisten und für **Jugendliche** da zu sein!

Informationen dazu gibt es unter solid@die-linke-mg.de oder im LiLO-Büro

Geschenke in den neuen Stadtbezirken zu bekommen und den Zugriff auf den städtischen Dienstwagen für die vielen Fahrten zu den Veranstaltungen am Wochenende zu haben. Das muss drin sein.

Die Reduzierung der Stadtbezirke wurde vor allen Dingen mit dem Argument geführt, Kosten zu sparen. Die Pläne der vier Bezirksbürgermeister in spe machen die Einsparung zunichte. Die neuen vier Bezirksvertretungen werden dann teurer sein als die alten 10!

Über die Pläne der vier CDU KandidatInnen, die neuen Stadtbezirke als Selbstbedienungsladen zu nutzen, ist die FDP sehr irritiert. Kämpft sie doch seit Jahren publikumswirksam um die Reduzierung von Geldern für Politiker.

Und wie sieht es in der Realität aus?

In Hardt und in Giesenkirchen hat sich die FDP für ihre Zusammenarbeit mit der CDU mit einem Posten als zweite Stellvertreter belohnen lassen. Macht jeweils 10.000 EUR Kosten in einem Bezirk, in dem kaum ein zweiter Stellvertreter zum Einsatz kommt.

Den Posten eines Dezernenten hat sich die FDP im Koalitionsvertrag mit der CDU festschreiben lassen. Dafür musste der bisherige Kämmerer, Manfred Nieland auf die höher dotierte Position eines Geschäftsführers bei der neu gegründeten EWMG weggelobt werden.

Und weil dem jetzigen Kämmerer, Bernd Kuckels, FDP, der Titel „Kämmerer“ nicht reichte, musste Stadtdirektor Rombey, SPD, gehen, damit der FDP Mann auch noch den einkommenssteigernden Titel des Stadtdirektors bekam.

Interessant wird es weiter, wenn die Frage gestellt wird, wer denn überhaupt nach 1975 die maximale Zahl von 10 Stadtbezirken mit den beiden unsinnigen Gebilden Rheydt-West und Volksgarten eingeführt hat?

Öffentlich Wasser predigen und zum Sparen auffordern und heimlich Wein trinken und sich selbst bedienen, das hat nichts mit verantwortlicher Politik zu tun.

Die LiLO hatte und hat in der Frage der Bezirksvertretungen eine klare Position.

Auflösung der künstlichen Gebilde Rheydt-West und Volksgarten, die nur dazu da waren, nach der Kommunalreform 1975 Politiker mit Pöstchen zu versorgen.

Beibehaltung von dann 8 Bezirken, um eine politische Mitwirkung der BürgerInnen

Sozialberatung und Bürgersprechstunde

Ort:

LiLO-Büro

Burgstraße 4

41199 Mönchengladbach

Tel.: 02166 - 9792249

E - Mail: lilo-mg@gmx.de

Öffnungszeiten

Montag - Freitag

10:00 - 12:00 Uhr

und

16:00 - 18:00 Uhr

ortsnahe zu gewährleisten und ein Sparmodell durch die Halbierung der Bezüge, das pro Jahr Einsparungen in Höhe von fast 500.000 EUR erbracht hätte. Sie hat immer darauf hingewiesen, dass die von CDU und FDP geplante und jetzt durchgesetzte Neureglung weder bürgernah noch preiswerter sein würde.

Was wir durch CDU und FDP jetzt bekommen haben, fördert weder eine bürgernahe Arbeit noch wird es preiswerter, wenn die Pläne der vier „Bezirksfürsten“ nach der Wahl durchkommen.

Die LiLO – Gruppe im Rat der Stadt Mönchengladbach wird sich in der noch laufenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass diese Selbstbedienstungsmentalität zurückgewiesen wird.

Umdenken ist notwendig

Die Autovorrangpolitik, wie sie in Mönchengladbach betrieben wird, ist weder aus gesundheitlichen, aus ökologischen noch aus ökonomischen Gründen weiterhin tragbar.

Ein wertvoller Grünzug in Geistenbeck wurde für ein Straßenbauprojekt gerodet.



700 Meter Straße vom Stapper Weg bis zur Duvenstraße kosten laut Planung 19 Millionen EUR.

Auf dem Papier formuliert der Kämmerer der Stadt Mönchengladbach, Bernd Kuckels, (FDP): „Wir müssen deshalb verstärkt nach Wegen suchen, Investitionen dazu zu nutzen, ja gezielt darauf auszurichten, nicht neue Folgekosten auszulösen, sondern bisherige Folgekosten nachhaltig zu reduzieren.“

Im Bereich Straßenbau wird das Gegenteil praktiziert.

Der Zeitwert der Straßen in der Stadt beträgt 464 Millionen EUR. Für den Erhalt werden jährlich 22 Millionen EUR benötigt. 1,6 Millionen EUR stehen im Haushalt zur Verfügung. Gerade mal 7% des benötigten Bedarfes. So sieht die Bilanz bei den Straßen aus.

Die LiLO fordert eine Wende in der Verkehrspolitik. In der heutigen Zeit gibt es keine Verkehrsentlastung mit immer mehr Straßen. Eine Reduzierung sowie eine Entlastung bekommen wir nur mit einer Vorrangpolitik für den „Öffentlichen Personen Nahverkehr – ÖPNV“.

DGB Mönchengladbach

Arbeit für Alle bei fairem Lohn

1. Mai 2009

Demonstrationszug:

Ab Kirche (Hermges) 10:00 Uhr

Kundgebung:

Rheydter Markt ab 11:00 Uhr

Es spricht:

Gregor Falkenhain (Ver.di)

Zwang zur Hauptschule statt Umsetzung des Elternwillens?

Die Stadt investiert in Mönchengladbach 1,4 Millionen Euro in den Ausbau der Hauptschulen, davon alleine in der Hauptschule Kirschhecke ca. 900.000 Euro.

Die LiLO hat in der Sitzung der Bezirksvertretung Odenkirchen für den Neubau der Mensa und der zwei Freizeiträume für die Hauptschule Kirschhecke gestimmt. Nicht, weil wir die Hauptschule als eine notwendige Schulform ansieht. Sie hat deshalb dafür gestimmt, weil eine Chancengleichheit bezüglich der Ganztagschulen nicht nur auf dem Papier stehen darf, sondern auch gewährleistet werden muss, solange es diese Schulform gibt.

Gleichzeitig hat die LiLO CDU und FDP aufgefordert, auch für Chancengleichheit für Gesamtschüler zu sorgen.

Von 2627 Kindern wurden 2009 weniger als 100 Kinder an den 12 Hauptschulen der Stadt Mönchengladbach angemeldet. Nach der ersten Anmeldung war keine Hauptschule in der Lage, auf Dauer einen geordneten Schulbetrieb durchzuführen. 1,4 Millionen EUR für eine Schulform, die nicht überlebensfähig ist.

Gleichzeitig wurden 497 Kinder - fünfmal so viele, wie Anmeldungen an den Hauptschulen - an den Gesamtschulen abgewiesen, weil für sie kein Platz vorhanden ist. Indem Eltern dadurch gezwungen werden, ihre an der Gesamtschule wegen Platzmangel abgewiesenen Kinder an der Hauptschule anzumelden, sind von den 12 Hauptschulen gerade einmal sechs überlebensfähig. Bei den anderen ist auf Dauer kein geordneter Schulbetrieb möglich.

Es zeigt sich, dass die Schulform Hauptschule ein Auslaufmodell ist. Sie kann Ihren Auftrag nicht erfüllen und wird von den meisten Eltern auch nicht gewollt. Durch die ideologische Festlegung der CDU, den Gesamtschulen keine Chance zu geben, werden Kinder gezwungen, eine Schule zu besuchen, die sie nicht wollen. Der Stadt entstehen Kosten durch Schulen, die es eigentlich schon nicht mehr geben dürfte. Angesichts der Haushaltslage der Stadt eine unverantwortliche Fehlentwicklung, die die CDU zu verantworten hat.

Die LiLO – Gruppe im Rat der Stadt Mönchengladbach fordert die sofortige Einrichtung einer sechsten und siebten Gesamtschule, um dem Elternwillen nach Gesamtschulplätzen nachzukommen. Des weiteren müssen die Hauptschulen, an denen nur eine Eingangsklasse gebildet werden kann, unverzüglich geschlossen werden.
